



Suchergebnisse: Antisemitismus

1850 – Richard Wagners antisemitisches Essay

Zürich * Während seines Exils in Zürich verfasst der Komponist Richard Wagner das Essay „Das Judentum in der Musik“, das zunächst anonym erscheint. Darin vertritt er antisemitische Positionen, die über die damals weit verbreiteten Vorurteile hinausgehen. Wagner behauptet, Juden seien der deutschen Kultur fremd und nicht zu wahrer künstlerischer Kreativität fähig. Besonders scharf greift er die Komponisten Giacomo Meyerbeer und Felix Mendelssohn an. Seine Ausführungen richten sich aber nicht nur gegen einzelne Künstler, sondern gegen Juden als gesellschaftliche Gruppe. Die historische Forschung bewertet den Text heute als eines der bedeutendsten Dokumente des modernen Antisemitismus im 19. Jahrhundert.

1869 – Veröffentlichung unter eigenem Namen

Tribschen * Während seines Aufenthalts in Tribschen bei Luzern veröffentlicht Richard Wagner das Essay „Das Judentum in der Musik“ erneut, diesmal unter seinem eigenen Namen. Mit diesem Schritt bekräftigt er öffentlich seine bereits 1850 formulierten antisemitischen Ansichten und macht sie einem noch größeren Publikum zugänglich.

9. Mai 1873 – Der Beginn des modernen politischen Antisemitismus

Deutsches Reich * Die durch den Gründerkrach ausgelöste schwere Wirtschaftskrise führt dazu, dass viele Menschen nach Schuldigen suchen. Antisemiten behaupten nun, Juden seien für wirtschaftliche Probleme verantwortlich: jüdische Bankiers und Unternehmer sind für den Börsenboom verantwortlich, Juden kontrollieren die Wirtschaft, Juden profitieren auf Kosten der deutschen Bevölkerung. Für diese Behauptungen gab es keine sachliche Grundlage. Dennoch finden sie in der Krisenzeit bei manchen Menschen Anklang. Bis dahin waren Vorurteile gegenüber Juden meist religiös begründet gewesen. Nun ist etwas Neues entstanden: Juden werden als angeblich fremde „Rasse“ dargestellt. Ihre vollständige Integration wird infrage gestellt. Antisemitismus wird zu einem politischen Programm.

25. Juli 1874 – Bereits 43 Wirte senken den Bierpreis



München * Trotz des Widerstands der Brauer weitet sich der Bierboykott aus. Einer zeitgenössischen Meldung zufolge zwingt die Protestbewegung inzwischen 24 Wirte zum Einlenken. Insgesamt schenken bereits 43 Gaststätten den Liter Bier wieder für acht Kreuzer aus. Beim Streikkomitee gehen fortlaufend weitere Beitrittserklärungen ein: „Der Bierstrike der Arbeiter hat bis heute 24 Wirthe zur Kapitulation genöthigt. Die Gesamtzahl der Wirte, die das Bier zu 8 kr. geben, beträgt bereits 43. Fast stündlich kommen neue Anmeldungen beim Strike-Comite.“ Der Bericht greift anschließend Gabriel Sedlmayr und eine Aktienbrauerei mit scharfer Polemik und einer antisemitischen Beschimpfung an. Diese Wortwahl verdeutlicht, wie sehr die Auseinandersetzung um den Bierpreis inzwischen von persönlichen Angriffen und antisemitischer Agitation überlagert wird.

1875 – Der moderne Antisemitismus breitet sich aus

München * Obwohl die jüdische Bevölkerung in München weniger als zwei Prozent der Einwohner ausmacht, stößt ihr wachsender Einfluss und ihr gesellschaftlicher Erfolg bei manchen Menschen auf Ablehnung. Ab den 1870er-Jahren breitet sich der moderne Antisemitismus aus. Mithilfe pseudowissenschaftlicher Rassentheorien werden Juden diskriminiert und als Bedrohung für die deutsche Gesellschaft dargestellt. Gleichzeitig entstehen antisemitische Parteien und Organisationen.

1878 – Christlich-soziale Bewegung richtet sich gegen Juden

Berlin * Der Berliner Hofprediger Adolf Stoecker gründet die christlich-soziale Bewegung und beginnt offen gegen Juden zu agitieren.

26. September 1879 – Wilhelm Marr gründet die Antisemitenliga

Hamburg * Der Journalist Wilhelm Marr gründet die Antisemitenliga. Sie ist die erste Organisation, die den Begriff „Antisemitismus“ ausdrücklich als politisches Programm verwendet.

November 1879 – Antisemitische Hetze aus dem akademischen Milieu

Berlin * Der Historiker und Professor an der Humboldt-Universität, Heinrich von Treitschke, veröffentlicht seinen Aufsatz „Unsere Aussichten“. Darin formuliert er den Satz „Die Juden sind



unser Unglück“, der zu einem zentralen Schlagwort des modernen deutschen Antisemitismus werden wird.

1880 – Die Antisemitenpetition findet Hunderttausende Unterstützer

Hamburg * Die sogenannte „Antisemitenpetition“ sammelt über 250.000 Unterschriften. Gefordert werden unter anderem: Einschränkung jüdischer Rechte, Ausschluss von Juden aus bestimmten Staatsämtern, Begrenzung jüdischer Zuwanderung.

1880 – Antisemitismus wird gesellschaftsfähig

München * In den 1880er-Jahren entstehen zahlreiche antisemitische Vereine, Zeitungen und Parteien. Die Judenfeindschaft wird zunehmend gesellschaftsfähig. Gleichzeitig verbreiten sich pseudowissenschaftliche Rassentheorien, die Juden als „minderwertig“ darstellen. Je erfolgreicher und sichtbarer die jüdische Gemeinde Münchens wird, desto stärker werden auch die antisemitischen Gegenreaktionen.

12. November 1880 – Öffentlicher Protest gegen den Antisemitismus

Deutsches Reich * 75 bedeutende Wissenschaftler, Unternehmer und Politiker veröffentlichen die „Notabeln-Erklärung“ gegen den Antisemitismus. Sie verteidigen die Gleichberechtigung der Juden.

1891 – Deutschland will seinen Kolonialbesitz ausweiten

Berlin * Neben der Deutschen Kolonialgesellschaft zählt bald auch der im Jahr 1891 gegründete, extrem nationalistische Alldeutsche Verband, dessen Programm stark von rassistischem und antisemitischem Gedankengut geprägt ist. Nun versucht Deutschland durch den Erwerb weiterer Handelsvertretungen seinen Kolonialbesitz auszuweiten. Im Vordergrund stehen jetzt aber Fragen des nationalen Prestiges und der Selbstbehauptung in einer sozialdarwinistisch verstandenen Konkurrenz der Großmächte. Denn Deutschland als kolonialpolitischer Nachzügler muss den ihm zustehenden Anteil jetzt einfordern.

Dezember 1891 – Angriffe auf die rechtliche Gleichstellung der Juden



München * Der „Deutsch-Soziale Verein“ verlangt die Aufhebung des Emanzipationsgesetzes von 1869, das die rechtliche Gleichstellung der jüdischen Bevölkerung festgeschrieben hatte. Zudem fordert er eine Beschränkung der Gewerbefreiheit, die Einführung von Befähigungsnachweisen sowie Maßnahmen gegen neue Vertriebsformen, insbesondere gegen die aufkommenden Warenhäuser, die nach Ansicht des Vereins den örtlichen Einzelhandel und das traditionelle Handwerk gefährden.

Oktober 1893 – Die antisemitische Aktion „Kauft nicht bei Juden“

München * Im Deutschen Volksblatt wird die von den Antisemiten propagierte Aktion „Kauft nicht bei Juden“ mit dem Abdruck einer Liste jüdischer Geschäftsinhaber in München begleitet. Ziel ist dabei der Boykott der jüdischen Geschäfte durch die christlichen Konsumenten.

Oktober 1893 – Organisierter Boykott jüdischer Geschäfte

München * Der Antisemitismus in München nimmt eine neue Dimension an. Das antisemitische „Deutsche Volksblatt“ veröffentlicht eine Liste jüdischer Geschäftsinhaber der Stadt und unterstützt damit die Parole „Kauft nicht bei Juden“. Ziel der Kampagne ist es, christliche Kunden zum Boykott jüdischer Geschäfte zu bewegen. Die Aktion verdeutlicht, dass antisemitische Ausgrenzung in München bereits Jahrzehnte vor der NS-Herrschaft organisiert und öffentlich propagiert wird.

1898 – Die arische Wiener Alpine Gesellschaft D'Reichensteiner

Wien * Die Wiener Alpine Gesellschaft D'Reichensteiner beschließt bei ihrer Gründung einen Arier-Paragrafen, um damit jüdische Mitbürger von der Mitgliedschaft auszuschließen.

1899 – Die arische Alpenvereins-Sektion Brandenburg des DuOeAV

Brandenburg * Die Alpenvereins-Sektion Brandenburg des DuOeAV wird ausschließlich für „christlich getaufte, deutsche Staatsbürger“ gegründet.

März 1900 – Antisemitische Ausschreitungen im Kreuzbräu



München-Hackenviertel * Als der Wiener Gemeinderat Lucian Brunner im Münchner Kreuzbräu im Auftrag des Historikers und Pazifisten Ludwig Quidde für den liberalen Demokratischen Verein einen Vortrag halten soll, kommt es durch Parteigänger der Christlich-Sozialen-Vereinigung zu Ruhestörungen und einer Massenschlägerei. Als Quidde das Rednerpult betritt, „ging ein wütendes Gejohle und Gepfeife an, unterbrochen von Rufen: [...] „Raus mit dem Juden“. Am Veranstaltungsort bringen die Antisemiten ein Plakat mit folgender Aufschrift an: „Hier werden wegen Kohlemangels Juden verbrannt“.

März 1900 – Antisemitische Ausschreitungen bei einer politischen Versammlung

München-Hackenviertel * Bei einer Veranstaltung des Liberalen Demokratischen Vereins im Münchner Kreuzbräu kommt es zu schweren Störungen und einer Massenschlägerei. Der Wiener Gemeinderat Lucian Brunner soll dort im Auftrag des Historikers und Pazifisten Ludwig Quidde einen Vortrag halten. Anhänger der Christlich-Sozialen Vereinigung versuchen jedoch, die Veranstaltung zu verhindern. Als Ludwig Quidde das Rednerpult betritt, wird er mit lautem Gejohle, Pfeifkonzerten und antisemitischen Rufen empfangen. Vor dem Veranstaltungsort bringen die Störer zudem ein Plakat mit der Aufschrift „Hier werden wegen Kohlemangels Juden verbrannt“ an. Der Vorfall verdeutlicht die zunehmende öffentliche Präsenz und Radikalisierung antisemitischer Agitation in München zu Beginn des 20. Jahrhunderts.

1905 – Die Sektion Wien wird mit einem Arier-Paragraphen gegründet

Wien * Die Sektion Wien des Deutsch- und Österreichischen Alpenvereins - DuOeAV, die aus dem Turnverein hervor gegangen war, wird mit einem Arier-Paragraphen gegründet.

1905 – Antisemitische Kampagnen gegen das Kaufhaus Tietz

München * Die Firma Hermann Tietz, die seit 1899 das erste Kaufhaus Münchens betreibt, sieht sich wiederholt antisemitisch motivierten Anschuldigungen ausgesetzt. Gegner des Unternehmens behaupten öffentlich, die niedrigen Löhne zwingen Verkäuferinnen zur Prostitution. Gegen diese Verleumdungen geht die Firma mehrfach erfolgreich gerichtlich vor. Zwar werden die Urheber der Anschuldigungen zu hohen Geldstrafen verurteilt, doch die Kampagnen schaden dem Ansehen des Kaufhauses und wirken sich negativ auf dessen Geschäftsergebnis aus. Die Vorfälle zeigen, wie wirtschaftlicher Erfolg jüdischer Unternehmen zunehmend zum Ziel antisemitischer Angriffe wird.



Juni 1905 – Polemik der „Münchener Bier-Chronik“ gegen die Unionsbrauerei

München-Haidhausen * Die wöchentlich erscheinende „Münchener Bier-Chronik“, eine Fach- und Werbezeitschrift der Münchner Brauereien, berichtet über das Brauwesen, wirtschaftliche Entwicklungen sowie die Münchner Bierkultur. Im Juni 1905 greift sie einen Rechtsstreit zwischen der Unionsbrauerei und einem Münchner Wirt auf. Anlass ist die Klage der Unionsbrauerei gegen den Wirt eines Gasthauses, das den geschützten Namen „Schützenlisl“ führt, obwohl dort Bier von Löwenbräu ausgeschenkt wird. Die Darstellung der Schützenlisl ist als Schutzmarke der Münchner Kindl Brauerei eingetragen und befindet sich nach deren Fusion im rechtlichen Besitz der Unionsbrauerei. Da der Wirt kein Bier der Unionsbrauerei ausschenken kann oder will, muss er den Namen seines Gasthauses ändern. Die „Münchener Bier-Chronik“ nutzt den Fall für eine polemische Attacke auf die Unionsbrauerei und kommentiert: „Dieses Beispiel diene den anderen Herren Brauereibesitzern zum Spiegel, wie ‚kollegialisch‘ die Unionsbrauerei auf die Hektoliterjagd geht.“ Anschließend schlägt die Berichterstattung in offenen Antisemitismus um. Die Zeitung behauptet, eine „jüdische Schützenlisl“ sei ohnehin nicht mehr von Interesse, „denn sobald das Weibsbild einmal ‚jüdisch‘ geworden, beschnüffelt sie kein räudiger Hund mehr, viel weniger ein echter Bajuware.“ Die diffamierenden und antisemitischen Angriffe der „Münchener Bier-Chronik“ führen wenig später zum sogenannten „Dividendenwasser-Prozess“, in dem sich Joseph Schülein erfolgreich gegen die Zeitung zur Wehr setzt.

10. August 1905 – Antisemitische Angriffe auf die Unionsbrauerei

München-Haidhausen * Auch die von jüdischen Unternehmern geführte Unionsbrauerei wird Ziel antisemitischer Kampagnen. In der „Münchener Bier-Chronik“ vom 10. August 1905 wird ihr Bier als die „letzte Brühe“ und als „Dividenden-Wasser“ verunglimpft. Hinter der vermeintlichen Kritik an der Qualität des Produkts stehen vielfach Ressentiments gegen jüdische Geschäftsinhaber und deren wirtschaftlichen Erfolg. Der Vorfall zeigt, wie antisemitische Vorurteile zu Beginn des 20. Jahrhunderts zunehmend auch im Wirtschaftsleben öffentlich verbreitet und zur Diffamierung jüdischer Unternehmen eingesetzt werden.

18. Dezember 1905 – Prozess gegen antisemitische Verleumdungen

München-Maxvorstadt * Gegen die diffamierenden Angriffe auf die Unionsbrauerei geht deren Eigentümer Joseph Schülein juristisch vor. Am 18. Dezember 1905 verhandelt das Amtsgericht München I im Justizpalast an der Prielmayerstraße die Klage gegen den verantwortlichen Redakteur der „Münchener Bier-Chronik“. Im Verlauf des Verfahrens zeigt sich, dass die gegen



die Brauerei erhobenen Vorwürfe jeder sachlichen Grundlage entbehren. Gleichzeitig treten die antisemitischen Motive hinter den Angriffen deutlich zutage. Die Verhandlung macht sichtbar, dass sich die Kritik an der Unionsbrauerei weniger gegen deren Produkte richtet als gegen die jüdische Herkunft ihres Eigentümers. Die Redaktion der „Münchener Bier-Chronik“ wird zu einer Geldstrafe von 50 Mark verurteilt und muss die Urteilsverkündung veröffentlichen. Ungeachtet dessen reagiert sie mit einem polemischen Nachbericht, der erneut antisemitische Untertöne erkennen lässt.

1910 – Eine Alpenvereinssektion für Akademiker germanischer Abstammung

München * In München gründen ein paar Professoren eine Alpenvereinssektion für akademisch gebildete Herren germanischer Abstammung.

1. November 1916 – Die Anordnung der Judenzählung im deutschen Heer

Berlin * Anordnung der Judenzählung im deutschen Heer. Obwohl das Kriegsministerium alle antisemitischen Absichten abstreitet, sind die dahinterstehenden Beweggründe dennoch deutlich erkennbar. Viele Redewendungen sind den Pamphleten des antijüdischen Reichshammerbundes entnommen.

2. November 1917 – England verspricht den Juden ein „national home“ in Palästina

London - Berlin * Der britische Außenminister Arthur James Earl of Balfour verspricht den Juden ein „national home“ in Palästina. Die Balfour-Deklaration wird in Deutschland von rechtsgerichteten Kreisen als Bündnis Großbritanniens mit den Zionisten zu antisemitischer Agitation genutzt.

7. März 1918 – Freier Arbeiterausschuss für einen guten Frieden

München * Der in der Reichsbahnhauptwerkstätte München als Werkzeugschlosser beschäftigte Anton Drexler ruft den Freien Arbeiterausschuss für einen guten Frieden ins Leben. Die Gründung erfolgte in Anlehnung an eine fast gleichnamige und gleiche Ziele verfolgende Organisation in Bremen. Aus dem Freien Arbeiterausschuss für einen guten Frieden wird später die Deutsche Arbeiterpartei - DAP hervorgehen. . Es ist eine antisemitische und



antimarxistische Gruppierung, die nie mehr als vierzig Mitglieder zählt und der es um eine Versöhnung der Arbeiterschaft mit der nationalen Rechten geht. Die bürgerlichen Parteien haben in ihren Augen versagt und der Marxismus erscheint ihnen für ihre nationalistischen Ziele ungeeignet.

19. Oktober 1918 – Die Juden als Blitzableiter für alles Unrecht benutzen

Berlin * Der Vorsitzende des Alldutschen Verbands - ADV, Heinrich Claß, äußert sich auf der Sitzung der Führungsspitze: „Die Bundesfürsten haben sich ebenso behandeln lassen [wie der Kaiser]. Sollen wir die Monarchie noch verteidigen, nachdem sie sich selbst überall aufgegeben?“

In der selben Sitzung verabschiedet der Vorstand einen Aufruf, in dem sich der Verband erstmals öffentlich zum Antisemitismus bekennt. Es gelte „die Juden als Blitzableiter für alles Unrecht zu benutzen, Furcht und Schrecken [...] in der Judenschaft [zu verbreiten]. [...] Ich werde [...] vor keinem Mittel zurückschrecken und mich in dieser Hinsicht an den Ausspruch Heinrich von Kleist's, der auf die Franzosen gemünzt war, halten: Schlagt sie tot, das Weltgericht fragt Euch nach Gründen nicht!“

8. November 1918 – Thomas Mann und die Revolutionäre

München-Bogenhausen * Thomas Mann hatte sich während des Krieges als kaisertreuer Anhänger einer elitären, nicht auf demokratischen, sondern oligarchischen Prinzipien [= Herrschaft von Wenigen] beruhenden Gesellschaftsordnung bekannt und zudem die deutsche Kriegspolitik verteidigt. Er schreibt in sein Tagebuch: „München, wie Bayern, regiert von jüdischen Literaten. Wie lange wird es sich das gefallen lassen? [...] Bei uns ist Mitregent ein schmieriger Literaturschieber wie Herzog, der sich durch Jahre von einer Kino-Diva aushalten ließ, ein Geldmacher und Geschäftsmann im Geist, von der großstädtischen Scheißeleganz des Judenbengels, der nur in der Odeonbar zu Mittag aß, aber Ceoni's [Zahnarzt auch der Familie Mann] Rechnungen für die teilweise Ausbesserung seines Kloakengebisses nicht bezahlte. Das ist die Revolution! Es handelt sich so gut wie ausschließlich um Juden.“

9. November 1918 – Die Thule-Gesellschaft bekämpft die Revolution

München-Graggenau * Nur einen Tag nach der Konstituierung des Provisorischen Nationalrats unter Ministerpräsident Kurt Eisner lädt Freiherr Rudolf von Sebottendorff zu einem konspirativen Treff der Thule-Gesellschaft ins Hotel Vier Jahreszeiten. Das Interesse ist so groß,



dass alle wichtigen Vertreter völkischer und antisemitischer Gruppierungen aus München und der näheren Umgebung der Einladung folgen. Nun war man unter sich - und Sebottendorff konnte Klartext reden: „Uns hasst der Feind mit dem grenzenlosen Hasse der jüdischen Rasse, es geht jetzt Auge um Auge, Zahn um Zahn! Unser Orden ist ein Germanenorden, germanisch ist die Treue. [...]. Die gestrige Revolution, gemacht von Niederrassigen, um den Germanen zu verderben, ist der Beginn der Läuterung. Nun wollen wir reden vom Deutschen Reich, jetzt wollen wir sagen, daß der Jude unser Todfeind ist, von heute ab werden wir handeln.“ Ohne Umschweife fordert er den „kompromisslosen bewaffneten Kampf gegen die neue Regierung“, da sie für ihn nur die „Herrschaft der Niederrassigen unter der Führung von Juda“ ist. Und da gibt es für ihn kein Zurückhalten: „Jetzt heißt es kämpfen [...] bis das Hakenkreuz siegreich aufsteigt.“

6. Dezember 1918 – Die antisemitischen Tendenzen des Bayerischen Kuriers

München * Der Bayerische Kurier, das Organ der Bayerischen Volkspartei - BVP, zeigt ganz eindeutig antisemitische Tendenzen: „Für die BVP spielt auch die Rassenzugehörigkeit keine Rolle. [Ihre Mitglieder] achten und ehren jeden ehrlichen Juden. [...] Was aber bekämpft werden muss, das sind die zahlreichen atheistischen Elemente eines gewissen internationalen Judentums mit vorwiegend russischer Färbung“. Die politischen Parolen der Bayerischen Volkspartei lauten: „Los von Berlin!“ und „Bayern den Bayern!“. Die letzte Aussage richtet sich nicht gegen Preußen, sondern vor allem gegen die Juden, die in der Regierung Eisner zahlreich vertreten sind.

10. Dezember 1918 – Antisemitismus im Buchloer Anzeigenblatt

Buchloe - München * Im Buchloer Anzeigenblatt erscheint ein antisemitischer Artikel. Dem Redakteur Cölestin Rabis schwebt sogar eine Endlösung vor. „Der Jude Eisner spielt Diktator und beschwindelt das Volk wie vordem unsere Diplomaten. [...] Politik ist und bleibt ein Geschäft, und Jude bleibt Jude. [...] Die Judenfrage ist ein Problem für sich, welches das deutsche Volk endlich einmal mit gerechter Strenge zu lösen hat, aufgefasst als Rassenfrage und nicht als Religionsproblem.“

28. Dezember 1918 – Julius Lehmann wird verhaftet

München * Julius Lehmann, Mitglied der Thule-Gesellschaft, wird erstmals verhaftet. Bei einer Durchsuchung seines Verlags wird das inzwischen umfangreichste Waffenlager entdeckt. Da



nützt ihm auch die gerade erteilte Bürgerwehr-Erlaubnis nichts. Er wird ins Polizeipräsidium an der Ettstraße, anschließend ins Gefängnis Neudeck gebracht. Wie aus Briefen Lehmanns hervorgeht, vertreibt er sich hier die Zeit mit antisemitischer Literatur, die ihm von der Gefängnisleitung zur Verfügung gestellt wird.

16. Februar 1919 – Der Aldeutsche Verband tagt in Bamberg

Bamberg * Der rechtsextreme und antisemitische Aldeutsche Verband - ADV tagt in Bamberg. Der seit den 1890er-Jahren stark Einfluss auf die Politik nehmende Verband war in den letzten beiden Kriegsjahren in eine Art Winterschlaf gefallen. Jetzt erwacht er wieder zu alter Stärke. Bis Ende 1920 werden die Aldeutschen 110.000 Mitglieder haben, dreimal so viel wie vor dem Krieg.

14. April 1919 – Die Regierung Hoffmann arbeitet mit Rechtsextremisten zusammen

Bamberg * Die Regierung Hoffmann setzt auf das neu eingerichtete Propagandaministerium und die Zusammenarbeit mit bekennenden Rechtsextremisten. Im Regierungsorgan Freistaat werden die Räteanhänger aufs übelste diffamiert und als „ausländische Juden“, „land- und rassenfremde Elemente“ sowie als „Terroristen“ diffamiert. Ernst Toller gibt daraufhin im Auftrag des Zentralrats ein Flugblatt an die Bürger der Räterepublik heraus. In diesem macht er auf die antisemitischen Hintergründe aufmerksam und fordert die Bevölkerung zum Widerstand dagegen auf.

15. Juni 1919 – Hitler absolviert einen Kurs für Propagandaleute

München * Hauptmann Karl Mayr, ein Förderer Adolf Hitlers, lässt neben der politischen Überwachung der damals über fünfzig Parteien und Organisationen in München durch Agenten und V-Leute - auch geeignete Soldaten als „antibolschewistisch geschulte Propagandaleute“ für die „Beeinflussung des Übergangsheeres“ ausbilden. Auf Vorschlag seiner Vorgesetzten absolviert Hitler im Juni 1919 den ersten Kurs an der Universität München, wo ihn besonders die nationalistischen und antisemitischen Schlagworte von Gottfried Feder und Karl von Bothmer beeindrucken.



14. September 1919 – Der Antisemitismus von Hitlers Förderer

München * Der den Gefreiten Adolf Hitler stark unterstützende Hauptmann Karl Mayr äußert sich zu Hitlers stark ausgeprägten Antisemitismus so: „Ich bin mit dem Herrn Hitler durchaus der Anschauung, dass das, was man Regierungssozialdemokratie heißt, vollständig an der Kette der Judenheit liegt. [...] Alle schädlichen Elemente müssen wie Krankheitserreger ausgestoßen oder ‚verkapselt‘ werden. So auch die Juden.“

16. Januar 1920 – Freispruch für Anton Graf Arco auf Valley gefordert

München * In der Stadt finden zahlreiche Kundgebungen statt, auf denen zumeist Studenten unter schwarz-weiß-roten Fahnen einen Freispruch Arcos fordern. Es drohen antisemitische Ausschreitungen, bis der Verteidiger Arcos die Gemüter mit der Ankündigung beruhigen kann, dass begründete Aussicht auf Begnadigung des Verurteilten besteht.

16. März 1920 – Der Antisemitismus wird gewalttätig

München * Der Antisemitismus wird gewalttätig. Der konservative Ministerpräsident Gustav von Kahr (BVP) kündigt in seiner ersten Regierungserklärung an, gegen die „Überfremdung durch Stammesfremde“ einzuschreiten und erklärt die „Reinhaltung des eigenen Volkes von fremden Elementen“ zum Gebot der Stunde. Er meint damit den besonders verhassten „Teil der jüdischen Rasse“, die Ostjuden. Münchens Polizeipräsident Ernst Pöhner hält es für nicht ausgeschlossen, wenn „wegen der unerträglichen Teuerung etwas unternommen, etwa einige Juden aufgehängt würden“. Gegen die gewalttätigen und gewaltbereiten Antisemiten unternimmt die Münchner Polizei allerdings nichts. Nun wird die Situation für die jüdischen Mitbürger unerträglich. Viele verlassen die Stadt.

16. März 1920 – Antisemitische Hetze und zunehmende Gewalt

München * Mit dem Ende des Ersten Weltkriegs verschärft sich das politische Klima in München deutlich. Antisemitische Ressentiments treten zunehmend offen zutage und werden auch von führenden Vertretern des öffentlichen Lebens verbreitet. In seiner Regierungserklärung vom 16. März 1920 kündigt Ministerpräsident Gustav von Kahr Maßnahmen gegen die angebliche „Überfremdung durch Stammesfremde“ an und fordert die „Reinhaltung des eigenen Volkes von fremden Elementen“. Die Äußerungen richten sich insbesondere gegen die aus Osteuropa



zugewanderten Juden, die verstärkt zum Ziel antisemitischer Hetze werden. Auch Münchens Polizeipräsident Ernst Pöhner fällt durch offen antisemitische Äußerungen auf und verharmlost Gewalt gegen Juden. Gleichzeitig gehen die Behörden nur unzureichend gegen antisemitische Übergriffe und gewaltbereite Gruppierungen vor. Für viele jüdische Münchnerinnen und Münchner verschlechtert sich die Lebenssituation erheblich. Angesichts der zunehmenden Anfeindungen und Bedrohungen verlassen zahlreiche jüdische Familien die Stadt.

31. März 1920 – Adolf Hitler wird vom Militärdienst entlassen

München * Adolf Hitler wird vom Militärdienst entlassen. Hauptmann Karl Mayr unterstützt ihn offenbar geistig-politisch als auch finanziell. Hitlers in der Münchner Revolutionszeit und Räteherrschaft radikalisierte Antisemitismus wird durch Mayr ebenfalls bestärkt.

April 1920 – Der Österreichische Touristenklub - öTK führt den Arier-Paragraphen ein

Wien * Der Österreichische Touristenklub - öTK in Wien führt den Arier-Paragraphen ein.

15. Juni 1920 – Fritz Gerlichs Buch „Der Kommunismus als Lehre vom Tausendjährigen Reich“

München * Aus zahlreichen Aufsätzen in den Süddeutschen Monatsheften, der Liberalen Korrespondenz sowie den Historisch-politischen Blättern entsteht Dr. Fritz Gerlichs Buch „Der Kommunismus als Lehre vom Tausendjährigen Reich“. Es wird im Bruckmann-Verlag verlegt. Gerlich rechnet darin den Kommunismus zu den Erlösungsreligionen und verurteilt den verbreiteten Antisemitismus.

15. Juli 1920 – Ludwig Thoma schreibt für den Miesbacher Anzeiger

Tegernsee * Ludwig Thoma schreibt für den Miesbacher Anzeiger antisemitische und gegen die demokratische Weimarer Republik gerichtete Artikel. Es werden bis zu Thomas Tod 167 derartiger Artikel werden.

1921 – Der Österreichische Gebirgsverein - öGV führt den Arier-Paragraphen ein



Wien * Der Österreichische Gebirgsverein - öGV führt den Arier-Paragraphen ein.

1921 – Der Österreichische Alpenklub - öAK führt den Arier-Paragraphen ein

Wien * Der Österreichische Alpenklub - öAK führt den Arier-Paragraphen ein.

1921 – Die Alpenvereins-Sektion München führt den Arier-Paragraphen ein

München * Die Alpenvereins-Sektion München führt den Arier-Paragraphen ein.

8. April 1921 – Ludwig Thoma hetzt im viel gelesenen Miesbacher Anzeiger

München * Welche antisemitische Stimmung in Bayern weit verbreitet ist, zeigt ein Beitrag des Schriftstellers Ludwig Thoma, den er anonym im viel gelesenen „Miesbacher Anzeiger“ drucken lässt: „In München haben wir mit der Hinrichtung des Eisner den Nachweis geliefert, dass es uns nicht an Temperament fehlt. [...] Immerhin waren dies nur Vorspiele zu größeren Kuren, die wir uns gelobt haben für den Fall, dass sich die Beschnittenen bei uns noch einmal mausig machen. Dann geht's in die Vollen.“

18. August 1921 – Im Miesbacher Anzeiger erscheint der letzte Hassartikel von Ludwig Thoma

Miesbach * Im Miesbacher Anzeiger erscheint der letzte antisemitische und antidemokratische Hassartikel von Ludwig Thoma.

Oktober 1921 – In der Sektion Austria des DuOeAV gilt der Arier-Grundsatz

Wien * In der Sektion Austria des DuOeAV wird mit 98 Prozent aller abgegebenen Stimmen der Arier-Grundsatz durchgesetzt.

1922 – Der Arier-Paragraph gilt im Österreichischen Touristenklub - öTK

Wien * Der Arier-Paragraph gilt im Gesamtbereich des Österreichischen Touristenklubs - öTK.



1922 – Die Akademische Sektion Dresden führt den Arier-Paragraphen ein

Dresden * Die Akademische Sektion Dresden des DuOeAV führt den Arier-Paragraphen ein.

9. November 1923 – Vorübergehender Rückgang antisemitischer Übergriffe

Freistaat Bayern * Nach dem Scheitern des Hitler-Ludendorff-Putsches gehen die antijüdischen Übergriffe in München zunächst zurück. Die Ereignisse lenken die Aufmerksamkeit auf die politische Radikalisierung im Freistaat Bayern und schaden dessen Ansehen weit über die Landesgrenzen hinaus. Angesichts dieses erheblichen Imageschadens bemühen sich die Behörden vorübergehend um eine stärkere öffentliche Ordnung, wodurch auch die Zahl antisemitischer Ausschreitungen zeitweise abnimmt.

14. Dezember 1924 – Der Alpenverein schließt die jüdische Sektion Donauland aus

München-Ludwigsvorstadt * Im Deutschen Theater in München stimmen 1.663 von 1.906 Delegierten des Deutschen und Österreichischen Alpenvereins - DuOeAV dem Ausschluss der jüdischen Sektion Donauland zu. Dies geschieht elf Jahre vor den Rassegesetzen der NS-Regierung.

31. Dezember 1924 – Der amerikanische Ku-Klux-Klan hat vier Millionen Mitglieder

USA * Der amerikanische Ku-Klux-Klan hat vier Millionen Mitglieder und verfolgt eine Politik weißer Vorherrschaft insbesondere gegenüber Afro-Amerikanern. Er vertritt aber auch einen militanten Antikatholizismus und Antisemitismus.

1927 – Der DuOeAV erklärt den Arier-Paragraphen reichsweit für zulässig

Wien - München * Der Deutsche und österreichische Alpenverein - DuOeAV erklärt den Arier-Paragraphen reichsweit für zulässig.

30. Januar 1933 – Beginn der nationalsozialistischen Verfolgung



Berlin - Deutsches Reich * Mit der Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 beginnt für die jüdische Bevölkerung Deutschlands eine neue Phase der Ausgrenzung und Verfolgung. Antisemitische Diskriminierung, die bereits zuvor das öffentliche Leben prägt, wird nun zur staatlichen Politik. In den folgenden Jahren werden jüdische Bürger systematisch entrechtet, aus dem gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben verdrängt und zunehmend Gewalt und Terror ausgesetzt. Auch für die Münchner Juden verschärft sich die Lage rasch. Die nationalsozialistische Machtübernahme markiert den Beginn einer Entwicklung, die über Entrechtung, Enteignung und Verfolgung schließlich in Deportation und Ermordung mündet.

November 1935 – Dr. Hermann Schüle in scheidet aus der Löwenbräu AG aus

München-Maxvorstadt * Dr. Hermann Schüle in beendet seine Tätigkeit bei der Löwenbräu AG. Offiziell erfolgt sein Ausscheiden auf eigenen Wunsch unter Hinweis auf seinen Gesundheitszustand. Der Rückzug fällt in eine Zeit zunehmenden politischen Drucks auf jüdische Unternehmer und Führungskräfte im nationalsozialistischen Deutschland.

2. Dezember 1935 – Die NSDAP erkundigt sich nach der Herkunft des Cenovis-Generaldirektors

München * Die NSDAP richtet eine Anfrage an die Industrie- und Handelskammer München und verlangt Auskunft darüber, ob der Generaldirektor der Cenovis-Werke als „arischer Abstammung“ gelte. Die Anfrage verdeutlicht die zunehmende Anwendung der nationalsozialistischen Rassenpolitik auf das Wirtschaftsleben und den wachsenden Druck auf Unternehmer und Führungskräfte jüdischer Herkunft.

22. Januar 1937 – IHK: Cenovis-Werke ist keine arische Firma

München-Au * Das Stammkapital der Cenovis-Werke beträgt 1,5 Millionen Reichsmark. Davon befinden sich Geschäftsanteile in Höhe von 815.000 RM in jüdischer Hand. Von den fünf Aufsichtsräten sind zwei Juden, von den zwei Vorsitzenden Einer. Die Industrie- und Handelskammer - IHK München stellt deshalb fest: „Bei dem Unternehmen kann daher sowohl nach Besitz wie auch nach Führung nicht von einer arischen Firma gesprochen werden. Diese Tatsache schließt unseres Erachtens eine Berücksichtigung bei Heereslieferungen aus.“



Februar 1937 – Die Eigentümerstruktur der Cenovis-Werke wird verändert

München-Au * Der Anteil der in jüdischem Besitz befindlichen Geschäftsanteile an den Cenovis-Werken wird auf 48,47 Prozent reduziert. Mit dieser Veränderung der Eigentümerstruktur erreicht das Unternehmen zunächst die Einstufung als nichtjüdischer Betrieb. Die Maßnahme erfolgt vor dem Hintergrund der zunehmenden wirtschaftlichen Ausgrenzung jüdischer Unternehmer im nationalsozialistischen Deutschland.

8. November 1937 – Die Ausstellung „Der ewige Jude“ wird eröffnet

München-Isarvorstadt * Im Bibliotheksbau des Deutschen Museums wird die Ausstellung „Der ewige Jude“ eröffnet. Sie hilft die folgenden antisemitischen Pogrome vorzubereiten.

Mai 1938 – Verhandlungen über den Verkauf von Cenovis-Anteilen beginnen

München-Au - Berlin * Die Cenovis-Werke nehmen Verhandlungen mit der Maggi Gesellschaft mbH in Berlin über den Verkauf der sich noch in jüdischem Besitz befindlichen Unternehmensanteile auf. Die Gespräche stehen im Zusammenhang mit dem zunehmenden wirtschaftlichen Druck auf jüdische Unternehmer und Anteilseigner im nationalsozialistischen Deutschland und markieren einen weiteren Schritt bei der Verdrängung jüdischen Eigentums aus der deutschen Wirtschaft.

10. Juni 1938 – Die Cenovis-Werke geraten unter zunehmenden politischen Druck

München * Die Industrie- und Handelskammer München fordert von den Cenovis-Werken, ihre Eigentümerstruktur bis zum 31. Juli 1938 entsprechend den Vorgaben des Reichswirtschaftsministeriums zu ändern. Andernfalls droht die Streichung aus dem Verzeichnis der als nichtjüdisch eingestuften Betriebe. Gleichzeitig verlangt die Hauptvereinigung der deutschen Brauwirtschaft den Nachweis, dass das Unternehmen als „arisch“ gelte. Bis zur Klärung dieser Frage verweigert der Branchenverband die Einlösung von Malzabholscheinen der Cenovis-Werke. Die Maßnahmen verdeutlichen den wachsenden wirtschaftlichen und politischen Druck, dem Unternehmen mit jüdischen Eigentümern im nationalsozialistischen Deutschland ausgesetzt sind.

21. Juni 1938 – Maggi übernimmt die jüdischen Anteile an den Cenovis-Werken



München - Berlin * Die bislang in jüdischem Besitz befindlichen Geschäftsanteile der Cenovis-Werke gehen auf die Maggi GmbH in Berlin über. Die Übertragung erfolgt unter dem wachsenden Druck der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik und markiert einen weiteren Schritt bei der Verdrängung jüdischer Eigentümer aus deutschen Unternehmen.

13. Juli 1938 – Die Cenovis-Werke melden den Abschluss der „Arisierung“

München-Au * Die Cenovis-Werke teilen der Industrie- und Handelskammer München mit, dass sämtliche Geschäftsanteile in nichtjüdischen Besitz übergegangen seien. Das Unternehmen bezeichnet sich daraufhin als eine „rein arische“ Unternehmung und erfüllt damit die Vorgaben der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik. Die Erklärung dokumentiert den Abschluss der sogenannten „Arisierung“ des Unternehmens. Dr. Julius Schüleins gelingt es noch vor den Novemberpogromen 1938, in die Vereinigten Staaten zu emigrieren und sich der weiteren Verfolgung durch das NS-Regime zu entziehen.

9. November 1938 – Novemberpogrome in München

München - Deutsches Reich * In der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 erreichen die antijüdischen Maßnahmen des NS-Regimes eine neue Eskalationsstufe. Nach der bereits im Juni erfolgten Zerstörung der Hauptsynagoge werden auch die beiden verbliebenen Münchner Synagogen in Brand gesetzt. Damit vernichten die Nationalsozialisten innerhalb weniger Monate nahezu alle sichtbaren Zentren jüdischen religiösen Lebens in der Stadt.

1939 – Oberbürgermeister Fiehler macht die Rosipal-Stiftung rückgängig

München-Graggenau * Nachdem bekannt wurde, dass der verstorbene Geschäftsmann Karl Rosipal, der Stifter des Glockenspiels am Neuen Rathaus, „nicht ganz arischer Herkunft“ war, schreckt der antisemitische Oberbürgermeister Fiehler nicht davor zurück, die Stiftung rückgängig zu machen und die gestiftete Summe den Erben zurückzuzahlen.

1940 – Die Familie Haas leidet unter der fremdenfeindlichen englischen Politik

Großbritannien * Wie viele Emigranten hatte auch die Familie Haas unter der fremdenfeindlichen englischen Politik zu leiden. Es werden keine Arbeitserlaubnis für deutsche Ärzte erteilt.



Hinzu kommt eine unverblümt antisemitische Stimmung.
Bemühungen auf und emigriert mit seiner Frau in die USA.

Dr. Alfred Haas gibt seine

19. Juli 1940 – Den Juden werden die Telefonanschlüsse gekündigt

Berlin * Den jüdischen Mitbürgern werden aufgrund der nationalsozialistischen Rassepolitik von der Reichspost die Telefonanschlüsse gekündigt.
